



Der Große Markt in Brüssel

Krise am Arbeitsmarkt

Einleitung

Eine Explosion der Arbeitslosigkeit und eine Vertiefung der Spaltungen am Arbeitsmarkt stellt *Armin Erger* als gravierende Auswirkungen der Maßnahmen der Bundesregierung in der Gesundheitskrise fest. In seinem Beitrag: „Tiroler Arbeitsmarkt: Die Folgen von Corona“ bezeichnet er die Tiroler Tourismuswirtschaft als die am härtesten betroffene Branche. Die unausgewogene Wirtschaftsstruktur Tirols mit ihrem hohen Anteil an Dienstleistungen ist verantwortlich dafür, dass die Krise die Tiroler ArbeitnehmerInnen härter traf als jene anderer Bundesländer. In 18 von 20 Branchen war die Arbeitslosigkeit hierzulande höher, sie stieg um das Doppelte im Vergleich zum österreichischen Durchschnitt.

Der Beschäftigungsrückgang traf Frauen nur geringfügig mehr als Männer. Dies deshalb, weil die massiven Verluste an Arbeitsplätzen in der Beherbergung und Gastronomie durch die Zunahme von Beschäftigungsverhältnissen in der öffentlichen Verwaltung, im Gesundheits- und Sozialwesen sowie im Lebensmittelhandel gelindert wurden. Was Frauen in der Corona-Epidemie weit mehr belastete als Männer, war weniger der Einbruch der Erwerbsarbeit als vielmehr die ungleiche Aufteilung unbezahlter Arbeit im Haushalt zu ihren Lasten.

Wie sich die Corona-Krise auf die ausländischen Arbeitskräfte auswirkte, die rund ein Viertel aller Tiroler ArbeitnehmerInnen stellen und auf wenige Branchen konzentriert sind, beantwortet Armin Erger so: Die ausländische Beschäftigung nahm im Vergleich zur inländischen um das Dreifache ab. Warum? Weil Nicht-ÖsterreicherInnen in ihrer überwältigenden Mehrheit im Beherbergungs- und Gastronomiewesen arbeiten, einem Wirtschaftsabschnitt, der die Krise am stärksten zu spüren bekam. Dort machen sie um die 60 % aller Arbeitskräfte aus. Einen bemerkenswerten Umstand hebt der Beitrag ganz speziell hervor: Die Arbeitslosenstatistik in Tirol sieht besser aus, als sie es in Wirklichkeit ist. Viele ausländische Beschäftigte bleiben in den Arbeitslosenzahlen unsichtbar, weil sie in ihre Herkunftsländer zurückkehrten, ohne sich wie die einheimischen Arbeitskräfte beim AMS arbeitslos zu melden. Somit wird abermals deutlich, dass sich Krisen am Arbeitsmarkt besonders negativ auf Nicht-ÖsterreicherInnen auswirken und sie überdurchschnittlich oft in instabilen Arbeitsverhältnissen tätig sind.

Worauf Erger noch hinweist, ist die erhebliche Steigerung von Langzeitarbeitslosigkeit und Langzeitbeschäftigungslosigkeit: „Nun drohen eine Verfestigung der Arbeitslosigkeit und das Abrutschen der Betroffenen in die Armut, wenn nicht effektiv gegengesteuert wird.“ Diesbezüglich schaut es jedoch trist aus. Vom „Zusammenhalten“, das Christoph Walser, der Präsident der Wirtschaftskammer Tirol, am Höhepunkt der Krise noch so sehr betonte, ist jetzt wenig zu spüren. Seine Interessenvertretung und auch die ÖVP im Bund überbieten sich an Vorschlägen, mit denen sie Druck auf Arbeitslose ausüben. Sie trachten danach, das

Arbeitslosengeld und Zumutbarkeitsgrenzen zu senken. In die Praxis umgesetzt, erhöhen solche Maßnahmen Armutsgefährdung und sozialen Ausschluss.

Eine spezielle Gruppe von ArbeitnehmerInnen, überwiegend Frauen, welche die COVID-Maßnahmen extrem hart getroffen haben, sind die 24-Stunden-BetreuerInnen. Obwohl das österreichische Pflegesystem ohne sie zusammenbräche, findet diese Abhängigkeit keinen Niederschlag in der sozialen Realität der Betreuungspersonen. Denn sie sind Scheinselbständige unter dem Druck ihrer KlientInnen und der Vermittlungsagenturen. Die verhängnisvollen Auswirkungen dieser Konstellation schildert *Simona Ďurišová* in ihrem Beitrag: „24-Stunden-BetreuerInnen organisieren sich selbst“. Etwa dass die BetreuerInnen im Durchschnitt zwei bis drei Euro pro Stunde verdienen, weder Anspruch auf Mindestlohn, Urlaub, Arbeitslosen- und Krankengeld haben noch auf den 13. und 14. Monatsgehalt oder den Bezug der Mindestsicherung. In Tirol kümmern sich an die 3.000 BetreuerInnen um rund 1.400 Pflegebedürftige. Harald Schweighofer von der Gewerkschaft der Privatangestellten hinterfragt die Scheinselbständigkeit: „Aus unserer Sicht sollen die Betreuungs- und Pflegekräfte über Mobile Dienste wie die Sozialsprengel regulär angestellt werden“, auch wenn dies für die öffentliche Hand Mehrkosten verursacht.¹

Als im Frühjahr 2020 die Corona-Epidemie ausbrach und die Pflege zehntausender Menschen in Gefahr schien, ließ die Bundesregierung Betreuerinnen aus Rumänien und Bulgarien einfliegen oder sie mit eigenen Zugkorridoren herbeischaffen. Dabei hatte die ÖVP/FPÖ-Regierung den 24-Stunden-Betreuerinnen längst Sozialleistungen gekürzt. Die Verminderung der Familienbeihilfe für im Ausland lebende Kinder war eines der zahlreichen ausländerfeindlichen Leuchtturmprojekte der Türkis-Blauen. Bundeskanzler Sebastian Kurz lobte dieses Vorgehen im Interesse privater Unternehmen und der Wirtschaftskammern als einen „Schritt zu mehr Gerechtigkeit“. Er behauptete eine Verzerrung im System, wenn der Staat für Kinder in Ländern mit niedrigeren Lebenshaltungskosten gleich viel Familienbeihilfe auszahlt wie für jene, die in Österreich leben.² Auch unter der türkis-grünen Bundesregierung besserte sich die Situation nicht, obwohl die EU-Kommission zuvor ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Österreich eingeleitet und im Mai 2020 eine Klage beim Europäischen Gerichtshof in Luxemburg eingereicht hatte. Ihrer Meinung nach sollten alle ArbeitnehmerInnen aus dem EU-Ausland angemessen bezahlt und fair behandelt werden. Schließlich tragen diese mit ihren Steuern und Abgaben ebenso zum Sozialsystem bei wie inländische Arbeitskräfte.

Im Sommer 2020 beschloss die türkis-grüne Bundesregierung einen einmalig ausgezahlten Kinderbonus, um die Folgen der COVID-Krise für Familien zu mindern. Zwar sprach sich die Familiensprecherin der Grünen, Barbara Nessler, eindringlich dagegen aus, auch die Bonuszahlung für im Ausland lebende Kinder zu indexieren („absurd und ethisch nicht vertretbar“). Von diesen Kürzungen waren besonders PersonenbetreuerInnen betroffen. Im Parlament stimmte die Grüne Regierungspartei für die Indexierung und gegen den Antrag der Opposition, auf eine Indexierung zu verzichten.³

Wer vertritt also nun die Interessen der 24-Stunden-BetreuerInnen? Dafür zuständig wäre die Wirtschaftskammer, in der sie Zwangsglieder sind. Doch

unter „Zusammenhalten“ verstehen Kämmerer wie Christoph Walser in erster Linie ihresgleichen. Die Vermittlungsagenturen der BetreuerInnen sind nämlich ebenso Mitglieder in der Wirtschaftskammer, deren Interessen letztere unvergleichlich durchschlagskräftiger vertreten. Was also tun? Sich selbst organisieren, betont Simona Ďurišová und stellt den Verband IG24 vor, eine Interessenvertretung für alle PersonenbetreuerInnen, gegründet von slowakischen und rumänischen Frauen in der 24-Stunden-Pflege. Auf die wichtigsten Forderungen des Verbandes macht Ďurišová in ihrem Beitrag für das Gaismair-Jahrbuch aufmerksam.

Zur Unterstützung

- Homepage des Verbandes IG24: <https://ig24.at/ig24-wer-wir-sind/>
- Unterschriften für die Petition von Amnesty International für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Betreuer*innen unter: <https://action.amnesty.at/petition/24-stunden-unverzichtbar>

Anmerkungen:

- 1 Alexandra Plank: 24-h-Betreuung: Gewerkschaft ist für Anstellung nach Kollektiv, in: Tiroler Tageszeitung, 25.7.2021, S. 14.
- 2 „Schritt zu Gerechtigkeit“: Regierung kürzt Familienbeihilfe für Kinder im Ausland“: <https://www.diepresse.com/5347733/schritt-zu-gerechtigkeit-regierung-kurzt-familienbeihilfe-fur-kinder-im-ausland>, 4.1.2018 (Zugriff 20.8.2021).
- 3 Andreas Bachmann: Gekürzter Kinderbonus für 24-Stunden-BetreuerInnen: „Das ist nicht okay“, <https://www.moment.at/story/gekuerzter-kinderbonus-fuer-24-stunden-betreuerinnen-das-ist-nicht-okay>, 25.8.2020, APA-Meldung: Scharfe Kritik an Indexierung von Corona-Kinderbonus: <https://www.vienna.at/scharfe-kritik-an-indexierung-von-corona-kinderbonus/6698849>, 6.8.2020; Parlamentskorrespondenz Nr. 769 https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2020/PK0769/#XXVII_NRSITZ_00045, 6.8.2020 (Zugriff 20.8.2021).